Auf der Suche nach dem Konsens

Über das Gemeinsame und Trennende linker Überzeugungen. Von Matthias Hofmann

Bademeister Hofmann schafft Ordnung im Diskurspool

Links sein heißt anders sein – oder zumindest etwas anderes wollen. Das Andere, auf das hier angespielt wird, hat sich dabei oft in reinen Negativdefinitionen niedergeschlagen. Die Normativität des Faktischen, das was jeden Tag ist, bereitet oft Schwierigkeiten, Zielvorstellungen zu entwickeln, die das historisch Gegebene abstrahieren. Es ist somit kein Wunder, dass das zukünftige Sein-sollen eine gewisse Eigendynamik entwickelt und sich im Laufe der letzten 150 Jahre ausdifferenziert hat. Besonders viel Einigkeit herrscht nämlich innerhalb dessen, was gemeinhin als die Linke bezeichnet wird, nicht. Zielsetzung ist eine bessere oder zumindest andere Welt, doch sowohl bei der Frage, wie diese aussehen soll, als auch bei der Frage nach dem Weg dorthin, gibt es Differenzen innerhalb dessen, was allgemein als Links bezeichnet wird. Es ist damit durchaus lohnend, den Versuch zu unternehmen, die Kernpunkte und Differenzen innerhalb der Linken aufzuzeigen, und damit eine Art Topologie der bestehenden Ideengebäude zu umreißen. In der Kürze von ein paar Seiten muss ein solcher Ansatz natürlich ein unabgeschlossener Versuch bleiben, der der Vielfalt und Tiefe der Ideengebäude notwendigerweise Gewalt antut und bestenfalls als Landkarte zur Verortung der eigenen Position dienen kann.

„Es existieren Zielsetzungen zwischen ‚für jeden das Gleiche' oder einem ‚jedem das Seine'. Der Umgang mit dem Eigentum steht dabei im Zentrum der Konflikte"

Wo bleibt die Gerechtigkeit in der Moderne?

Ein wichtiges Konzept, an dem sich viele Denklinien innerhalb der Linken festmachen, ist das der Gerechtigkeit. Prinzipiell herrscht hier Einigkeit, dass die aktuellen politischen und gesellschaftlichen Organisationsformen keine angemessene Verteilung des vor-

handenen Wohlstandes sicherstellen bzw. befördern, sowohl nicht innerhalb der einzelnen Gesellschaften, als auch nicht in globalem Maßstab. Dissens herrscht allerdings sowohl bei der Zielvorstellung und beim Begriff der Gerechtigkeit, als auch bezüglich des Weges. Die Anerkennung der prinzipiellen Verschiedenheit jedes Einzelnen eint einen Großteil linker Ideengebäude. Der Versuch, aus dem Postulat der Gleichheit auch dieselbe Ausgestaltung des Einzelnen mit körperlichen und intellektuellen Fähigkeiten und identischen Wunschvorstellungen abzuleiten, ist eine eher totalitäre Minderheitenposition. Genau diese Anerkennung der Verschiedenheit macht das Ideal der Gleichheit so komplex. Als Gleichheit vor dem Gesetz wurde eine Vorstellung dieses Begriffs im Rahmen der bürgerlichen Revolutionen und Reformen des 18. und 19. Jahrhunderts in den Industriestaaten weitgehend durchgesetzt. Diese Ausformulierung des Prinzips entsprach dabei durchaus den Bedürfnissen einer Schicht, die ihre Interessen gegen die dynastischen Vorrechte des Adels durchzusetzen versuchte. Nicht zufällig wurde dabei die Anerkennung von spezifisch bürgerlichen Machtmitteln in Form des Schutzes von Eigentums- und Erbrechten mit umgesetzt, die mit der natürlichen körperlichen und geistigen Ausstattung des Einzelnen jedoch wenig zu tun haben. Eigentum bedeutet vor allem ein exklusives Verfügungsrecht über Güter. Die parallel verlaufende Monetarisierung fast aller gesellschaftlichen Prozesse setzte damit eine sehr spezielle Definition der neu gewonnenen Prinzipien – durchaus im Sinne einer Schicht, die in diesen Machtmitteln ihre hauptsächliche Reproduktionsbasis hatte und hat.

Die Akkumulationsprozesse der letzten 200 Jahre schufen dabei große Wohlstandsunterschiede, die durch das bürgerliche Prinzip der Gleichbehandlung durch den Staat nicht nur nicht beseitigt werden konnten, sondern eher noch befördert wurden. Die Frage nach einer substantielleren Gleichheit blieb daher von den realen Entwicklungen der Moderne unbeantwortet und treibt nach wie vor alle linken Bewegungen. Die konkrete Ausgestaltung ist dabei ein umstrittenes Feld. Es existieren Zielsetzungen zwischen ‚für jeden das Gleiche' oder einem ‚jedem das Seine'. Der Umgang mit dem Eigentum steht dabei im Zentrum der Konflikte. Es geht vor allem um die Fragen, wie die Verfügungsgewalt über Produktivkapital zukünftig organisiert werden könnten. Soll es dem Staat gehören, wie es die klassische marxistische Variante linken Denkens sieht oder den produktiv damit arbeitenden, wovon anarcho-syndikalistische DenkerInnen ausgehen? Oder soll lediglich eine staatliche radikale Umverteilung auf der Basis bestehender Eigentumsverhältnisse stattfinden, wie die historische sozialdemokratische Variante linken Denkens vorschlägt? Diese Debatten drehen sich um Problemstellungen, die vor allem die Folgen des bürgerlichen Akkumulationsprozesses zurückdrehen wollen. Eine Gleichheit, die auf eine ausgeglichene Partizipation aller am gesellschaftlichen und politischen Leben abzielt, muss sich auch mit den unterschiedlichen Talenten und Möglichkeiten des/der Einzelnen beschäftigen. Dann geht es um eine Gleichheit im Sinne einer Solidarität mit den Schwächeren, die durchaus Schranken aufbaut bei der Nutzung singulärer intellektueller und charismatischer Möglichkeiten.

Die Vorstellung gesellschaftlicher Gleichheit als Quelle linken Denkens

Grundsätzlich beschreibt die Forderung nach gesellschaftlicher Gleichheit viele traditionelle Politikfelder der Linken. Das betrifft zum Beispiel die Frage nach globaler Umverteilung, die antirassistische und feministische Arbeit und auch die Sozialpolitik. Manche dieser Themenkomplexe haben längst ihren Weg in die Diskurse des politischen Mainstreams gefunden, wie Fragen der Gleichberechtigung und des Antirassismus (ohne freilich jeweils komplett in der gesellschaftlichen Realität angekommen zu sein). Andere Themenkomplexe stehen im Prozess des globalisierten neoliberalen Rollbacks eher unter Druck, wie zum Beispiel die Sozialpolitik. Im Prinzip konnten sich vor allem die Aspekte durchsetzen, die sich im Rahmen des Paradigmas der Rechtsgleichheit weitgehend umsetzen ließen. Bei diesen Themen zeigen sich linke Positionen denn auch eher darin, die tatsächliche Realisierung von ethnischer und geschlechtlicher Gleichheit anzuzweifeln. Das deutliche Auseinanderfallen von Proklamationen und gesellschaftlicher Praxis ist hier ein gemeinsamer Hebelpunkt der Kritik, aber schon bei der Frage, ob dies ein Übergangsproblem ist oder in den strukturellen Setzungen des aktuellen Wirtschafts- und Wertesystem grundsätzlich eingelassen ist, trennt Reformer und die radikale Linke.

„Erbarmen mit den Armen und Mitleid mit den Dummen"

Ähnlich stellen sich die Positionierungen auch im Bereich der Sozialpolitik dar. So wie es ist, ist es ungerecht – das ist Konsens, aber schon die These, dass Sozialpolitik, wie sie in den Industriestaaten betrieben wird, an sich schon Setzungen beinhaltet, die einer gerechten Gesellschaft im Wege stehen, entspricht nur einer Teilposition innerhalb der Linken. Hier geht es um die Annahme, dass in einer markt-

lich strukturierten Gesellschaft prinzipielle Ausschlusskriterien für all Jene wirksam werden, die daran nicht teilnehmen können. Setzt man auf den Markt als Regulationskriterium – und damit auf die Anerkennung des Privateigentums – so bleibt nur „Erbarmen mit den Armen und Mitleid mit den Dummen“, wie es Bernd Begemann ausgedrückt hat. Dann ist Sozialpolitik eben ein Reparaturinstrumentarium, das auf inakzeptable nichtpolitische Kategorien, wie die erwähnte Barmherzigkeit setzt (eine Kategorie, die auf Freiwilligkeit beruht und die Ungleichheit damit mit zementiert). Auch hier existiert eine Gegenposition innerhalb der Linken, die auf Änderungen innerhalb des bestehenden Regulationssystems setzt und eine Entkoppelung von Teilnahme am Arbeitsmarkt und Grundsicherung fordert. Das Stichwort, das im Kern dieses Modells steht, heißt Bürgergeld. Auch hier ist allerdings der Staat derjenige Akteur, der die wirtschaftliche Minimalgleichheit garantieren soll – ohne Angriff auf den Eigentumsbegriff.

„Es ist ein letztlich elitäres Konzept, mit einer Klasse, die Trägerin der „Wahrheit“ ist.”

Neben diesen Konfliktlinien, die allesamt eher im nationalen Raum verortet sind, spannt sich noch der Aspekt der globalen Gerechtigkeit auf. Hier geht es um Fragen der internationalen Handelsbeziehungen, Rahmenbedingungen für nachholende Entwicklung, aber auch prekäre Fragen, wie die der lokalen Selbstbestimmung auch jenseits des europäischen Aufklärungsmodells. Auch hier gilt: Innerhalb der Linken herrscht weitgehende Einigkeit darüber, dass es so wie es ist schlecht ist. Die Wege und Ziele zu einer gerechten Welt werden aber mit unterschiedlichsten Setzungen und Methoden bearbeitet.

Der neue Mensch

Grundsätzlich ist die Annahme der Veränderbarkeit des Menschen und der kollektiven Organisationsformen, in denen er lebt, Basis linken Denkens. Hier zeigt sich ein grundlegender Dissens gegenüber konservativen und liberalen Denkstrukturen. Während es dem Liberalismus vor allem um eine Idee der Freiheit als Marktsubjekt geht, zeichnen sich die diversen Spielarten konservativen Denkens vor allem durch ein Misstrauen gegenüber den Vergesellschaftungsressourcen des Einzelnen aus. Der Mensch als Bedrohung des Anderen muss kontrolliert und beherrscht werden, um der Ordnung und Sicherheit willen. Im Zentrum linker Veränderungsdebatten steht demgegenüber die Dichotomie von Revolution und Reform. Die revolutionäre Position geht vor allem davon aus, dass grundsätzliche Setzungen moderner kapitalistischer Gesellschaften kaum durch reformatorische Ansätze zu überwinden sind. Gemeint ist damit vor allem das Privateigentum an Produktionsmitteln und die daraus resultierende Partikularorientierung großer Produktionsagglomerate. Hochgradig umstritten ist dabei das Konzept der Übergangsdiktatur, und das nicht erst seit Lenin. Schon beim Frühsozialisten Gracchus Babeuf taucht das Motiv der „Aufstandsdiktatur“ (um die Zeit der französischen Revolution herum) auf. Gerade revolutionäre Ansätze suchen in diesen Organisationsformen, die linken Ideen erst einmal in offensichtlicher Weise entgegenstehen ihr Heil, um ein grundlegendes Problem, im Prozess der nachrevolutionären Entwicklung, vermeintlich zu lösen. Der Mensch wird als veränderbares Wesen, als ein durch die aktuelle gesellschaftliche und politische Formation sozialisiertes Wesen gesehen. Änderungen der Organisation des Zusammenlebens sind demnach möglich, aber nicht von heute auf morgen. Die Übergangsdiktaturen werden im Wesentlichen als Erziehungsdiktaturen gesehen und gerade auch deswegen von Teilen der Linken massiv bekämpft, denn das Konzept setzt vor allem eines voraus: ein robustes Verhältnis zur Wahrheit und denen, die sie tragen. Es ist ein letztlich elitäres Konzept, mit einer Klasse als vermeintlich revolutionärem Subjekt, die Trägerin der „Wahrheit“ ist. So ein Ansatz kann durchaus noch an die geschlossenen Gedankengebäude des klassischen Marxismus leninistischer Ausprägung angekoppelt werden, unter dem Aspekt aktueller erkenntnistheoretischer Debatten ist er aber kaum zu halten – ganz zu schweigen von dem Misstrauen gegenüber den Eigendynamiken von vorsätzlich gesetzten massiven Machtgefällen.

Der diesen revolutionären Ansätzen entgegen Stehende setzt auf Veränderung durch Reformen, vor allem durch die Besetzung bestehender Staatsfunktionen durch linke Akteure und Programme. Das bedeutet konkret, Teilnahme an Wahlen und Aufbau von außerparlamentarischen sozialen Bewegungen und Wahrnehmung von klassischen demokratischen Teilhaberechten. Die Kritik der revolutionären Position liegt in diesem Zusammenhang nahe: Dieses Vorgehen erreicht keinen Bruch mit den grundsätzlichen Setzungen der Formation, erst recht nicht in Zeiten der Globalisierung, in denen staatliche Akteure politische Entscheidungen schon lange zu globalen Sachzwängen transformiert haben. Auch die Frage, woher der neue Mensch seine neuen Sozialisationsquellen im Hier und Jetzt nehmen soll, bleibt ein immer wieder heftig diskutiertes Problem, das die politische

Philosophie oft negativ beantwortet hat.

Staat und bürgerliche Herrschaft ein und dasselbe

Diese Dichotomie führt direkt zu einem weiteren Dissenspunkt linker Positionen, nämlich zur Positionierung gegenüber dem modernen Staat. Einigkeit herrscht hier hinsichtlich der Tatsache, dass der historische Nationalstaat ein kritisierungswürdiges Faktum ist, da diese Art der Organisation von Gemeinschaft immer Ausgrenzung des Anderen, konkret der Nichtstaatsbürger bedeutet. Insofern spielt einerseits die Idee des Internationalismus eine große Rolle innerhalb linker Ideengebäude, andererseits taucht die Vorstellung des Staates als Träger der Unterdrückung immer wieder als Grundsetzung linker Praxis auf. Der klassische Marxismus geht dabei einerseits vom Staat als Träger der Klasseninteressen des Kapitals, andererseits aber von seiner historisch zwangsläufigen Auflösung in der Akkumulationskrise des Kapitalismus aus. Bis jetzt hat diese These allerdings noch keinen empirischen Beleg gefunden. Auf der Basis dieser Bedenken, die sich in der deutschen Sozialdemokratie gegen Ende des 19. Jahrhunderts durchzusetzen begannen, entwickelten sich Positionen, die staatliche Institutionen zum Mittel für linke Veränderungen machen wollten.

„In vielen linken Gruppen hat sich die Ansicht durchgesetzt, dass ein abgeschlossenes Deutungsmodell der modernen kapitalistischen Gesellschaft nicht mehr gerecht wird“

Anarchistische Positionen, die sich im 19. Jahrhundert in deutlicher Abgrenzung gegen den, in dieser Zeit dominierenden Marxismus entwickelten, gehen demgegenüber nicht davon aus, dass grundsätzliche Veränderungen mit einem Staat liberal-kapitalistischer Prägung zu machen sind. Unter dem Stichwort „Selbstorganisation“ setzten diese Denkmodelle eher auf dezentrale und basisdemokratische soziale Organisation. In der anarcho-syndikalistischen Variante spielten die (im 19. Jahrhundert durchaus noch kämpferischen) Gewerkschaften eine entscheidende Rolle.

Veränderungsstrategien jenseits des Staats

Auch hier, bei der Frage der Organisation einer zukünftigen Gesellschaft, zeigen sich weitere Differenzen im linken Denken. Die anarchistische Variante setzt, wie schon erwähnt, auf dezentrale, vernetzte Strukturen: Der klassische Marxismus und reformistische Bewegungen setzen – zumindest in einer Übergangsphase – auf Institutionen zentraler Steuerung.

Die beiden Modelle spiegeln in gewisser Weise den erkenntnistheoretischen Hintergrund der jeweiligen Theorien. Der Marxismus verfügt über ein geschlossenes Geschichts- und Gesellschaftsmodell, hat einen klaren Deutungsanspruch, wenn es um die Entschlüsselung unserer Welt geht. Die Entwicklungen der letzten 40 Jahre haben diesen Anspruch in vielerlei Hinsicht unter Druck gesetzt. Ob man das Ergebnis pluralistisch oder postmodern nennen will – in vielen linken Gruppen hat sich die Ansicht durchgesetzt, dass ein abgeschlossenes Deutungsmodell der modernen kapitalistischen Gesellschaft nicht mehr gerecht wird, und auf dieser Basis auch kein allein richtiger Weg zu einer besseren Gesellschaft vorgelegt werden kann. Dezentrale Strukturen spiegeln eine solche Sichtweise in der Hinsicht wieder, als dass sich jedeR auf dieser Basis einen Weg zu einer gerechteren Welt, zusammen mit Gleichgesinnten, suchen kann. In einer solchen Perspektive stellt sich die Frage nach der Gestaltung von Koordinationsinstanzen linker Politik jenseits des heute bekannten Staats in verschärfter Form.

Die Frage der Arbeit

In jedem Fall sind linke Positionen insofern ein Produkt der Moderne, als sich alle Positionen in diesem Spektrum der Rationalität der Aufklärung als Basis politischen Handelns verpflichtet fühlen. Erkenntnisse über das Leben und den Menschen bilden die wichtigste Basis dafür, das „Richtige“ zu tun. Wissen und Bildung als Basis für den Weg in eine bessere Welt sind weitgehend unumstrittene Setzungen linker Politik, darüber kann auch der spätere Weg vieler 68er in die Esoterik nicht hinwegtäuschen.

Die klassische Industriegesellschaft stellte die Geburtsstunde der wichtigsten Bewegungen und Ideen dar, die heute unter dem Begriff „Links“ zusammengefasst werden. Diese Phase war auch diejenige, in der Gesellschaft als Gegenidee zum Staat vor allem als Arbeitsgesellschaft durchgesetzt wurde.

Die grundlegenden Institutionen abhängiger Arbeit durchziehen auch heute noch die Industriegesellschaften, gegen deren konkrete Folgen Linke in vielerlei Hinsicht positioniert sind. Dabei ist die Sicht auf die Arbeit ein umstrittenes Terrain. Im klassischen Marxismus hat Arbeit einen durchaus positiven Stellenwert, wenn auch nicht in der konkreten Ausprä-

gung der abhängigen Lohnarbeit. Die Hauptforderung ist die Überwindung jener Entfremdung, die durch die Abtrennung der Produktionsmittel vom arbeitenden Menschen entstanden ist. Auch anarcho-syndikalistische Ansätze konnten sich diesem Topos nicht entziehen. Es sind eher die vormodernen Utopisten wie Thomas Morus und viel später Herbert Marcuse, die Arbeit in das „Reich der Notwendigkeit“ verbannten, das möglichst wenig Raum im Leben des befreiten Menschen einzunehmen hat. Hier soll der Mensch nicht mehr das *Animal Laborans* sein. Die Krise der Arbeit, als ein Phänomen der postindustriellen Umgestaltung des industriellen Produktionsprozesses, hat dieser Diskussion neuen Auftrieb verliehen.

Die Moderne als Zerstörer der Welt

Ein relativ neues Phänomen sind ökologische Fragestellungen. Ein radikales ökologisches Modell lässt sich zwar schon bei dem sozialistischen Klassiker Charles Fourier nachweisen, durchsetzen konnten sich seine, teilweise etwas schrulligen, Ansätze innerhalb der Linken aber nicht. Letztlich wurde dieses Denkmotiv erst seit den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts in entsprechende Debatten integriert und bildet aus heutiger Sicht sicherlich einen vergleichsweise neuen Grundpfeiler linken Selbstverständnisses. Diese Debatte hat, für sich genommen, kaum neue Differenzen aufgeworfen, wohl aber alte Themenfelder bereichert, egal ob es um das Thema Arbeit oder privatwirtschaftliche Wirtschaftsformen geht.

Setzt man diese skizzenhaften Überlegungen auf der Suche nach Gemeinsamkeiten in einen summarischen Zusammenhang, lassen sich durchaus Konturen dessen, was man als Links bezeichnen kann, angeben:

- Zielsetzung linker Politik ist die Verwirklichung von Gerechtigkeitsvorstellungen, die über die heutigen Phänomene von Gleichheit vor dem Rechthinausge hen.

- Linke Politik glaubt an die Veränderbarkeit und Verhaltensoffenheit des Menschen als Einzelnem und als politisches Wesen. Der aktuelle Status gesellschaftlicher und individueller Lebensgestal tung enthält Möglichkeiten und Notwendigkeiten zur Weiterentwicklung in Richtung einer „besse ren Welt“.

- Linke Politik hält den Staat grundsätzlich in sei ner Konstituierung als Nation für ein historisch zu überwindendes Phänomen.

- Linke Politik ist heutzutage weitgehend ökolo gisch orientiert. Eine bessere Welt wird zukünf tig, beim gegenwärtigen Vernutzungsgrad durch die Industriegesellschaften, nicht mehr möglich sein.

Die letzten Jahrzehnte haben dabei gezeigt, dass dieser Fundus gemeinsamer Wert- und Zielvorstellungen nicht gereicht hat, um das Trennende rund um die Themen von Revolution oder Reform, mit oder gegen den Staat und mit oder ohne Privateigentum zu überwinden. Die Freiheit mag zwar immer die Freiheit des Andersdenkenden sein, aber realisiert wird sie nur auf einem gemeinsamen Weg auf Basis geteilter Grundvorstellungen.<

Matthias Hofmann
ist studierter Wirtschaftsingenieur und Politologe. Er gibt das Onlinemagazin Friktionen www.friktionen. de heraus.